

(A) Dass das bei der GEWOBA so ist, hat einen Grund, den hat Herr Jägers auch genannt. Es wird nämlich im notwendigen Umfang in das Produkt reinvestiert, um es immer auf dem aktuellen Stand zu halten, es wird in Bäder, in energetische Sanierung und in Barrierefreiheit investiert. Das heißt, in all das, was wir an steigenden Anforderungen haben, investiert die GEWOBA die Gewinne zurück und schafft es trotzdem noch, ein vergleichsweise niedriges Mietniveau in Bremen zu halten. Die GEWOBA wirkt sich dämpfend auf die Durchschnittsmiete in Bremen aus, sie ist jetzt im Moment, glaube ich, bei 5,15 Euro pro Quadratmeter, andere Vermieter sind deutlich darüber. Wenn ein so gut geführtes Unternehmen, das die notwendigen Reinvestitionen vornimmt, trotzdem einen Gewinn erzielt und einen Teil davon als Dividende abführt, denke ich, ist das absolut zulässig und überhaupt nicht vergleichbar mit dem, was bei der Deutschen Bahn passiert ist.

Es wurde schon angesprochen, und ich komme jetzt darauf zurück, weil wir eigentlich über die Bahn sprechen und nicht über die GEWOBA, aber, Herr Röwekamp, Sie haben das Stichwort ja in Ihrem Zwischenruf gegeben – –.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Weil Sie da auch Rendite abwerfen lassen und anderweitig ausgeben, bei der BLG sogar vorfinanzierte Gewinne abschöpfen, um sie im Haushalt zu verbraten!)

(B)

Das haben wir doch jetzt verstanden!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ja, genau! Aber den Widerspruch haben Sie noch nicht verstanden!)

Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, wo der Widerspruch bei Ihnen liegt, aber offensichtlich fällt es Ihnen schwer, dem zu folgen!

Wir kommen zurück zur Bahn! Die Deutsche Bahn hat uns mitgeteilt, dass für die Region Nord und speziell für Bremen auf Grundlage des aktuellen Personalbestands eine Situation wie in Mainz nicht zu erwarten ist. Der Bremer Hauptbahnhof wird seit September 1999 durch ein modernes elektronisches Stellwerk gesteuert. Die aus der Betriebszentrale Hannover von sechs Mitarbeitern je Schicht bediente Anlage ersetzte seinerzeit 14 ältere Stellwerke. Das ist der Zusammenhang, bei dem ich hellhörig werde, Herr Jägers! Wenn Sie neue Informationen haben, dass in Hannover Personal abgebaut werden soll, werden wir dem nachgehen, denn uns wird bisher mitgeteilt, das durch die Umrüstung von Stellwerken frei werdende Personal – Herr Saxe hat noch eines in Stubben genannt, das jetzt auch umgestellt wird – werde hier in der Region verbleiben, um auf anderen Stellwerken eingesetzt zu werden und um die Flexibilität des Personaleinsatzes zu vergrößern.

Meine Damen und Herren, wir werden dem nachgehen! Ich denke, wir sollten unsere Informationen besser austauschen, aber – und da schließe ich mich einigen meiner Vorredner an – wir müssen dafür sorgen, dass bei der Deutschen Bahn grundsätzlich eine andere Politik verfolgt wird, dass das Personal tatsächlich dem Bedarf entsprechend geführt und entwickelt wird und die notwendigen Investitionen in das Netz, in die Waggons und in die Züge tatsächlich stattfinden, damit wir nicht die vielen Ausfälle haben, die wir an verschiedenen Stellen leider ertragen mussten. – Ich danke Ihnen!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema liegen nicht vor.

Befreiung von der EEG-Umlage: Stromkunden zahlen für Industrierabatte

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schierenbeck.

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sprechen heute wieder über die EEG-Umlage und darüber, dass Stromkunden für Industrierabatte zahlen.

(D)

Warum ist das Thema aktuell? Uns liegen jetzt aus einer Studie der Deutschen Umwelthilfe aktuelle Zahlen darüber vor, und uns liegen die aktuellen Prognosen der Deutschen Energieagentur vor, wie sich die EEG-Umlage im nächsten Jahr entwickeln wird. Ganz deutlich wird, die Kosten laufen aus dem Ruder. Im Jahr 2012 haben wir 2,7 Milliarden Euro für die von der Industrie eingesparten Kosten aufbringen müssen, in diesem Jahr sind es 5 Milliarden Euro, und im Jahr 2014 sollen es 7 Milliarden Euro sein.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Und wie viel für Solar?)

Die Einsparungen der einen, das ist ganz klar, sind die Kosten der anderen, und jeder von Ihnen hat es erlebt, die Strompreise steigen, und sie steigen für die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber für die sogenannten energieintensiven Unternehmen sind die Preise sogar gefallen. Das hat auch die EU gesehen, und auch Folgendes ist aktuell: Im Juli 2013 gab es eine Rüge der EU und die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens, weil die deutschen sogenannten energieintensiven Unternehmen nämlich durch diese Regelung übervorteilt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. R u p p [DIE LINKE]: Bevorteilt! – Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Wie auch immer! Ich habe es verstanden!)

- (A) Im Jahr 2014 soll ein Fünftel der gesamten Stromerzeugung von der EEG-Umlage befreit werden. Also, ein Fünftel des Stroms geht in sogenannte energieintensive Unternehmen, und da stellt sich natürlich die Frage: Was sind das für Unternehmen? Nun, die Liste der Ausnahmeunternehmen lässt die Leserinnen und Leser staunen. Es handelt sich um Fleischfabriken, Toilettenpapierproduzenten und Süßwarenwerke, also beileibe keine Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, so wie die Ausnahmen ursprünglich einmal gedacht waren.
- Ganz schräg wird es dann, wenn Fleischfabriken aus ihren normalen Arbeitnehmern Leiharbeiter machen, um den Energiekostenanteil an ihrer Bruttowertschöpfung zu steigern, denn 14 Prozent Energiekostenanteil sind die Voraussetzung dafür, dass man überhaupt diese Ausnahme beantragen kann. Letztendlich heißt das also, die Stromkunden subventionieren den Abbau regulärer Arbeitsplätze.
- Was tut die Bundesregierung? Die CDU gefällt sich darin, das EEG immer weiter auszuhöhlen. Herr Rösler und Herr Brüderle kämpfen gegen die Energiewende im Ganzen. Dabei ist das EEG weltweit vorbildlich, immer mehr Länder haben ähnliche Regelungen. Unsere Bundesregierung sichert aber lieber die Gewinne der großen Energieversorgungsunternehmen, die Gewinne der Industrie, statt die Verbraucher zu entlasten und die Energiewende voranzutreiben.
- (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Nach der Bundestagswahl werden wir eine schnelle EEG-Novelle brauchen. Für uns Grüne ist klar, mit uns wird es keine Ausbaubremse geben,
- (Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Mit Ihnen wird es gar nichts geben, Sie sind in der Opposition!)
- sondern es wird uns darum gehen, die Kosten zu reduzieren und eine faire Verteilung der Kosten anzustreben. – Vielen Dank!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)
- Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.
- Abg. **Strohmann** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aufregung der SPD hier um das Stellwerk war ja schon Wahlkampf, aber das, Frau Dr. Schierenbeck, was Sie hier machen, das muss ich ehrlicher Weise sagen, ist schon grob fahrlässig und ärgerlich.
- (Beifall bei der CDU)
- *) Vom Redner nicht überprüft.
- Dass Sie sich jetzt hier hinstellen als die Verfechterin der Strompreise und für die kleinen Leute, ich meine, das ist an Populismus wirklich nicht zu über treffen.
- (C) (Abg. Frau D r . S c h a e f e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Deutsche Umwelthilfe ist Populismus, oder was?)
- Sie nehmen sich hier irgendwelche Zahlen heraus. Fakt ist doch, wir wollten alle, und Sie schon, seit es die Grünen gibt, den Atomausstieg. Den haben wir gemeinsam gemacht. Wir wollten alle die Energiewende.
- (Abg. Frau D r . S c h a e f e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Und Sie haben sich lange dagegen gewehrt! Ich erinnere mich echt an die Debatte, wo Sie sich gegen die Energiewende ausgesprochen haben!)
- Ja, wir gehen jetzt nicht die Debatten durch!
- Nur starrsinnige Ideologen bleiben bei ihrer Meinung. Manchmal kann man ja auch eine andere Meinung aus bestimmten Zusammenhängen heraus gewinnen. Jedenfalls haben wir irgendwo einen Punkt erreicht, dass wir es gemeinsam wollten. Wir wussten alle, dass dieser Ausstieg nicht kostenlos sein wird. Wir wussten auch, dass es für das EEG damals, als es eingeführt wurde, eine bestimmte Begründung gab, um bestimmte Entwicklungen zu unterstützen und zu subventionieren, und dazu gab es auch Tatbestände. Eines ist aber auch klar, ich finde es wirklich nicht in Ordnung, was Sie machen, die energieintensiven Industriebetriebe jetzt hier an den Pranger zu stellen, weil sie schuld seien, Sie haben auch eine Zahl von 2,2 Milliarden Euro genannt, dass die kleinen Leute so hohe Strompreise – –.
- (D) (Abg. Frau D r . S c h a e f e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Bürger zahlen dafür, das ist doch nicht gerecht!)
- Nein, mitnichten ist es so!
- Die Hauptbelastungspunkte im EEG sind nämlich die Subventionen für die Solarenergie. Da waren es Ihre Partei und die SPD –
- (Beifall bei der CDU)
- als Herr Röttgen und Herr Dr. Rösler sie vor zwei Jahren frühzeitig absenken wollten, weil sie nämlich ziemlich kostendeckend waren und wir die ganzen Anlagen aus China importiert haben –, die dies zurückgewiesen haben, damit nämlich die Besserverdienenden aus Ihrer Partei auf ihren Dächern schöne Gewinne machen.

(A) (Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/
Die Grünen]: Die ganzen Landwirte Ihrer
Partei!)

Dazu kann ich auch den Bürgermeister als Kronzeugen berufen, der hat es nämlich moniert. Ja, genau diese ganzen Lehrerehepaare, die die Solaranlagen auf dem Dach haben! Eines ist klar – –.

(Zuruf)

Immer schön ruhig bleiben!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/
Die Grünen]: Es fällt mir schwer!)

Ja, es geht mir aber genauso!

Die Tatbestände, die Sie genannt haben bezüglich der Fleischerei und Bäckerei, sehe ich genauso, das muss man angehen. Ich glaube aber schon, und das sind wir uns alle einig, dass wir überhaupt ein neues EEG brauchen oder das Erneuerbare-Energien-Gesetz sowieso auf neuen Füßen stellen müssen, denn die Rahmenbedingungen haben sich komplett geändert. Wir haben den Atomausstieg, wir haben mittlerweile Technologien, die auch wettbewerbsfähig sind. Es muss komplett geändert werden, und dann darf es solche Tatbestände nicht mehr geben.

(B) Es ist aber immer so bei Subventionstatbeständen, dass es immer Menschen gibt, die das ausnutzen, und das finde ich auch nicht in Ordnung. Ich bin ja froh, dass Sie den Golfplatz weggelassen haben, das müssen wir auch regeln. Wenn wir dann aber weiter überlegen: Was ist mit der Straßenbahn? Die BSAG wäre dann auch davon betroffen. Was machen wir da? Es fließt letztlich auch von der linken Tasche in die rechte Tasche, bezahlen muss es dann auch wieder der kleine Mann, weil die Fahrscheine teurer werden.

Trotzdem will ich Sie noch einmal dazu aufrufen, diesen gesamtgesellschaftlichen Weg wirklich gemeinsam zu gehen, und dafür ist billiger Populismus vor der Wahl nicht geeignet, der die Menschen verunsichert.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/
Die Grünen]: Was machen Sie denn von der
CDU? Verunsicherung im großen Maßstab!)

Eines ist klar, Energie muss bezahlbar werden, Energie muss bezahlbar bleiben, aber wir wollen diesen Weg gemeinsam gehen. Wenn Sie jetzt wirklich einmal etwas Tolles machen wollen, um die Menschen und den kleinen Mann zu retten, dann nehmen Sie doch einmal – Sie haben schon Millionen Euro für die Berater und für die Rekommunalisierung der Netze ausgegeben – dieses Geld, das das kosten würde, das sind ein paar Hundert Millionen Euro, das würde der Rückkauf von Teilen der Netze kosten, und bauen Sie davon einen schönen Windpark! Das würde Arbeitsplätze in der Offshore-Branche sichern, das bringt

auch Geld und beinhaltet kein Risiko. Das wäre einmal eine Maßnahme, anstatt in das Risiko, das mit dem Rückkauf der Netze verbunden ist, zu investieren. Ja, der Ansatz ist gar nicht verkehrt, das würde schnell gehen und funktionieren.

(C)

(Abg. Gottschalk [SPD]: Wenn Sie dann noch die Rahmenbedingungen stabilisieren, dann machen wir das!)

Das machen wir dann! – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, es ist ganz gut, wenn wir uns noch einmal diesem Thema widmen, auch wenn ich nicht so ganz sicher bin, ob das Thema in die Aktuelle Stunde gehört. Jetzt ist es dort, und jetzt kann man dazu auch, finde ich, noch einmal ein paar Dinge sagen.

Erstens, es gibt keine Alternative zur Energiewende, und ich meine, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz ein unverzichtbarer Bestandteil dieser Energiewende ist, sonst würde es sie wahrscheinlich so gar nicht geben. Deswegen sind Debatten, die dahin gehen, dass man das Erneuerbare-Energien-Gesetz in irgendeiner Weise infrage stellt und darüber diskutiert, ob denn die Vergütungen angemessen sind und so weiter, und die das dann offenlassen und eine Hängepartie daraus machen, für mich keine gute Idee.

(D)

(Abg. Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das schadet unserem Standort!)

Herr Strohmann hat es gerade angesprochen, und wir hatten es schon an anderer Stelle diskutiert, das, was wir in Bremen und Bremerhaven aufgebaut haben, befindet sich in Schwierigkeiten, im nächsten Jahr müssen Firmen dort möglicherweise Kurzarbeit anmelden, und es ist nicht sicher, ob in Norddeutschland in Zukunft Offshore-Windparks gebaut werden.

Es gibt die Debatte um den Vorschlag, dass sich die norddeutschen Länder und Kommunen einmal überlegen, ob sie nicht einen Windpark finanzieren wollen. Ich finde diesen Vorschlag nicht vollständig abwegig, vielleicht muss man das noch einmal erklären. Ich finde aber, darüber muss man sprechen, denn wir haben auch über den Bau eines JadeWeserPorts gesprochen und sprechen über den Bau eines Offshore-Terminals. Das sind Größenordnungen, die alle Teil der Wirtschaftsentwicklung sind, und der Offshore-Terminal ist wichtiger Teil der Offshore-Windenergie. Wir haben auch andere Projekte, die wir mit

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) anderen Ländern gemeinsam machen. Technisch ist es möglich, und ich finde, angesichts der Tatsache, dass wir in Bremerhaven und in Norddeutschland drohen, die Perspektive für die gerade erst aufblühenden wirtschaftlichen Strukturen zu verlieren, sollte man solch eine Idee nicht vorschnell verwerfen.

Kommen wir zurück zu der Frage der bezahlbaren Strompreise! Ein Vier-Personen-Haushalt zahlt bei regulärem Verbrauch im nächsten Jahr ungefähr 60 Euro mehr. Es gibt eine ganze Menge Haushalte, für die ist das kein Problem. Es gibt Haushalte, für die sind das ein Paar Winterschuhe für eines der Kinder, und damit ist es für viele Haushalte ein Problem. Deswegen muss man sich überlegen, wie man diese Strompreiserhöhung vermeiden kann, ganz davon abgesehen, dass mittlerweile über diese Schiene versucht wird, die Energiewende zu diskreditieren, und das in einer Weise, die ich für absolut schädlich halte. Es wird so getan, als gäbe es eine Alternative zur Energiewende und als ob die Strompreise ausschließlich aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder der Tatsache, dass wir Windenergie einsetzen, steigen würden. Das stimmt nicht.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Selbst wenn es so stimmen würde, wäre es richtiger, darüber nachzudenken, wie man es schaffen könnte, die Strompreise anders zu senken, als wieder zu Kohle- oder Atomstrom zurückzukehren.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wahr ist, dass sich immer mehr Unternehmen von dieser EEG-Umlage befreien lassen. Die Zahl ist nach meinen Informationen von ungefähr 1 000 Unternehmen im Jahr 2012 auf knapp 2 300 Unternehmen im Jahr 2013 gestiegen, sie hat sich damit mehr als verdoppelt, und es werden mehr. Ich finde, ein erster Schritt muss sein, dies wieder zurückzudrehen.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens, was natürlich keinesfalls sein darf – und das haben wir auch mit Erschrecken festgestellt –, ist, dass Betriebe tatsächlich reguläre Beschäftigungsverhältnisse abbauen, dass sie die Lohnkosten über Leiharbeit so weit drücken können, damit die Energiekosten bei 14 Prozent liegen. Das ist absurd. Ich finde, man kann gesetzliche Maßnahmen treffen, die das verhindern. Wenn herauskommt, dass die Betriebe so gehandelt haben, finde ich, haben sie eine Befreiung nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Wir haben auch schon einmal darüber diskutiert, dass wir neben der Reduzierung der Ausnahmen eigentlich wieder eine funktionierende Strompreisaufsicht bräuchten. Es ist auch bekannt, dass der Strom am Markt teilweise vergleichsweise günstig ist und diese Vergünstigungen nicht entsprechend an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben werden, und auch da sprechen wir schlussendlich wieder über die Frage, wie viel Profit darf eigentlich ein Unternehmen auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher machen, und wo ist die Grenze. Die Profite der großen Energieunternehmen sind in den letzten Jahren noch einmal gestiegen – sie bewegen sich im zweistelligen Milliardenbereich –, und auch da, finde ich, ist es eine gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen, dass sie die Energiewende, die langfristig auch ihre Existenz sichert, nicht mit überzogenen Gewinnerwartungen gefährden.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Wir können darüber nachdenken, die Stromsteuer zu senken. Die Einnahmen sind gestiegen, und möglicherweise lässt sich, das ist eine Forderung von uns, die Stromsteuer von 2 Cent pro Kilowatt auf 0,5 Cent pro Kilowatt senken. Das würde ungefähr 2,2 Millionen Euro jährlich bringen und die Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten. Wir finden es auch angesichts der zunehmenden Zahl von Menschen in Deutschland, für die 60 Euro im Jahr mehr als ein ernstes Problem sind und für die 60 Euro im Jahr bedeuten können, dass sie die Wohnung verlassen und sich eine andere suchen müssen – und es werden nicht weniger! –, richtig, darüber nachzudenken, ob es nicht eine kostenlose oder sehr kostengünstige Grundversorgung mit Strom geben kann, und wer mehr verbraucht, muss eben etwas mehr bezahlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen über eine Abwrackprämie für Stromfresser diskutieren, wir müssen auch über energetische Gebäudesanierung ohne kalte Vertreibung diskutieren, mit anderen Worten, energetische Sanierung von Gebäuden darf nicht dazu führen, dass die Menschen, die vorher darin gewohnt haben, sich nachher die Miete nicht mehr leisten können. Das heißt also, es ist eine komplizierte Aufgabe. Wir müssen die Energiewende vorantreiben, wir müssen die Arbeitsplätze in diesem Bereich sichern, und wir müssen sicherstellen, dass die Strompreise nicht zu einem sozialen Problem in diesem Land werden und jeder Mensch in diesem Land trotz Energiewende über bezahlbaren Strom, bezahlbare Energie und bezahlbare Mieten verfügt. Die Alternative zurück zum Kohle- oder Atomstrom ist keine Alternative.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gottschalk.

(A) Abg. **Gottschalk** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben bei den Strompreisen in Deutschland eine geradezu absurde Situation: Auf der einen Seite ist der Börsenpreis für Strom auf den niedrigsten Stand seit dem Jahr 2005 gefallen. Wenn man einmal die allgemeine Inflationsrate herausrechnet, dann sind wir auf dem Stand vom September des Jahres 2003. Allein in den letzten zwölf Monaten ist der Preis für eine Megawattstunde von rund 50 Euro auf knapp 37 Euro gefallen. Das ist ein Rückgang um 25 Prozent in 12 Monaten. Herr Strohmann, wenn Sie die Situation der Industrie und des Gewerbes ansprechen, dann müssen Sie vor dem Hintergrund solcher Zahlen ehrlicherweise sagen, dass das Umfeld, die Preislage beim Strom, so gut wie schon seit zehn Jahren nicht mehr ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. **Strohmann** [CDU]: Damit hat aber die Bundesregierung nichts zu tun, weil sie es gar nicht ändern kann!)

Herr Strohmann, wir kommen noch dazu!

(B) Auf der anderen Seite haben wir trotzdem eine aufgebauchte Diskussion über ausufernde Kosten der erneuerbaren Energien oder, genauer gesagt, über die Kosten der Förderung erneuerbarer Energien. Diese Diskussion wird im Herbst absehbar noch an Schärfe gewinnen, denn es zeichnet sich bereits ab, Frau Dr. Schierenbeck hat es gesagt, dass die EEG-Umlage im Jahr 2014 nochmals steigen wird. Die Gegner der Energiewende, da wird Herr Strohmann sicherlich froh sein, werden dafür einmal mehr die erneuerbaren Energien anklagen.

Der Witz, Herr Strohmann, ist allerdings, dass der größte Teil des zu erwartenden Anstiegs auf andere Gründe zurückgeht. Wenn Sie das EEG nicht nur ändern möchten, sondern auch wüssten, wie es funktioniert, dann wüssten Sie auch, worin die Gründe liegen. Einer der Gründe ist gerade der gefallene Börsenpreis für Strom, denn dieser Börsenpreis ist der Bezugspunkt für die Ausgleichszahlungen an die Stromversorger; sinkt der Börsenpreis, steigt die EEG-Umlage und umgekehrt!

(Abg. **Strohmann** [CDU]: Richtig!)

Allein dieser Effekt schlägt derzeit bereits mit 3 Milliarden Euro zu Buche. Das sind die Plusbuchungen der Industrie und des Gewerbes und die Gegenbuchungen bei den Verbrauchern und dem kleinen Gewerbe.

(Zuruf des Abg. **Strohmann** [CDU])

Warten Sie es ab!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Der andere Hauptgrund ist die sprunghaft wachsende Zunahme von Ausnahmegenehmigungen von der EEG-Umlage. Wir haben im Jahr 2009, ohne dass die deutsche Wirtschaft in die Knie gegangen ist, Ausnahmen von 740 Millionen Euro gehabt. Im Jahr 2014 werden sich diese Ausnahmetatbestände auf das Siebenfache summieren, wenn all diese Anträge, die jetzt auf dem Tisch liegen, auch angenommen werden. Eine Versiebenfachung, obwohl gleichzeitig der Preis für die industriellen Kunden in den Keller gegangen ist! Wie man das zusammenbringen will, Herr Strohmann, darauf bin ich wirklich einmal gespannt! Die Zahlen zeigen auf jeden Fall, dass die Subventionspolitik der schwarz-gelben Koalition mittlerweile völlig aus dem Ruder gelaufen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleichzeitig munitioniert die Koalition – zumindest ein Teil der Koalitionspartner – fahrlässig oder teilweise absichtlich mit dieser primitiven Art von Wirtschaftspolitik all diejenigen, die das EEG am liebsten ganz abschaffen möchten, weil es ihnen nämlich zu erfolgreich ist und weil dadurch ihre überholten Geschäftsmodelle unter Druck geraten.

(D) Sicher ist, dass man auch am EEG Veränderungen vornehmen muss. Man muss es anpassen, aber weit aus wichtiger sind zwei andere Maßnahmen. Zum einen, das ist hier schon betont worden, müssen die Ausnahmetatbestände, die vielfach nicht zu rechtfertigen sind, auch drastisch zurückgeschnitten werden.

(Abg. **Strohmann** [CDU]: Ja!)

Das ist allein auch schon nötig wegen des eingeleiteten Beihilfeverfahrens gegen Deutschland, denn dadurch laufen wir Gefahr, dass dieses gesamte Modell am Ende ins Wanken gerät. Es darf eigentlich nur noch ein kleiner Kreis wirklich energieintensiver Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, übrig bleiben, und auch diesen – das ist jedenfalls meine Meinung vor dem Hintergrund der gerade gefallenen Strompreise – müssen Auflagen gemacht werden, dass sie ihre Privilegien beim EEG, bei der Stromsteuer dazu nutzen, auch die eigenen Anstrengungen zur Senkung des Energieverbrauchs voranzutreiben.

Zum anderen muss dafür Sorge getragen werden, dass die gesunkenen Börsenpreise für Strom, Herr Strohmann,

(Abg. **Strohmann** [CDU]: Ich höre zu!)

auch bei den privaten Kunden ankommen und an diese weitergegeben werden, denn bislang profitieren eigentlich nur die Kunden, die ihre Versorger gezielt wechseln. Das Problem, das wir aber haben und vor dem wir uns nicht drücken können, ist, dass viele Haushalte sich mit den Möglichkeiten des Wechsels

(A) nicht auskennen. Manche haben auch gar nicht die Möglichkeit, weil sie durch ihre mangelnde Bonität am Wechsel gehindert sind.

Besonders betroffen sind die Kunden im Grundversorgungstarif, bei dem es Preisdifferenzen von über 4 Cent pro Kilowattstunde gibt. Diese 4 Cent muss man in das Verhältnis zu den Mehrkosten der EEG-Umlage stellen, dann wird man sehen, dass allein diese Unterschiede bis zu 80 Prozent der EEG-Umlage ausmachen. Es ist deshalb höchst notwendig, dass die Bundesregierung, jedenfalls die nächste Bundesregierung, die Grundversorgungstarife besser reguliert. Die rechtliche Möglichkeit dazu haben wir bereits, sie muss jetzt endlich angegangen werden, und wir können hoffen, dass die nächste Legislaturperiode dafür bessere Voraussetzungen hat. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schierenbeck.

Abg. Frau **Dr. Schierenbeck** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf ein paar Argumente eingehen! Herr Strohmann, Sie machen den Atomausstieg für steigende Strompreise verantwortlich. Das ist ja wirklich ein Witz! Auch im letzten Jahr haben Atom- und Kohlekraftwerke mehr Subventionen erhalten als alle erneuerbaren Energien zusammen!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD – Abg. D r . K u h n [Bündnis
90/Die Grünen]: Hört, hört!)

Der einzige Unterschied ist, die Subventionen sind quasi unsichtbar, denn die Kosten tragen die Steuerzahler, während im EEG diese Kosten völlig transparent auf alle Stromnutzer umgelegt werden sollen, auf alle, wohlgemerkt!

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat jetzt schon „erfolgreich“ den Ausbau der erneuerbaren Energien ausgebremst, das heißt, der Kostenanstieg im EEG ist gar nicht auf zusätzliche Solar- und Windanlagen zurückzuführen. Tatsächlich sind nur 13 Prozent des Anstiegs auf zusätzliche Anlagen zurückzuführen, alles andere, 87 Prozent, auf diese irren Ausnahmeregelungen und die sinkenden Börsenstrompreise.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen, dass die wirklichen Kostentreiber dringend geändert werden. Wir wollen die Industriep privilegien herunterfahren, wir wollen die EEG-Befreiung fossiler Kraftwerke abschaffen, und wir müssen auch an den Wälzungsmechanismus heran, auf den ist meine Kollege Herr Gottschalk schon eingegan-

gen, der dazu führt, dass die EEG-Umlage steigt, wenn die Börsenstrompreise sinken.

(C)

Seit drei Jahren befinden sich die Börsenstrompreise im Sinkflug, das wurde bereits gesagt. Wir haben jetzt einen Preis an der Börse, der bei unter 4 Cent pro Kilowattstunde liegt. Sie wissen alle, Sie selbst zahlen 25 Cent pro Kilowattstunde, der Rest sind also Umlagen, aber natürlich auch Gewinne der Energieversorger.

Niemand von uns hat zu Beginn des Jahres einen Brief von seinem Energieversorger bekommen, in dem stand, wir reduzieren den Strompreis, denn der Börsenstrompreis ist gefallen. Stattdessen haben Sie vielleicht, wie viele swb-Kunden, einen Brief bekommen, in dem steht, die Strompreise müssten leider erhöht werden, und die Ursache dafür sei die Energiewende. Das ist doch paradox! Die Einkaufspreise sinken, und der Normalkunde zahlt höhere Preise, während gleichzeitig die Preise für die Industrie sinken. Woran liegt das?

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Aber es liegt
doch nicht an den Unternehmen!)

Es liegt nicht an den Unternehmen, es liegt an der Regulierung, die von der Bundesregierung so schlecht durchgeführt wird, ganz klar!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD – Abg. S t r o h m a n n [CDU]:
Das stimmt nicht, das ist falsch, was Sie sa-
gen!)

(D)

Ich mache das einmal an einem Beispiel deutlich: Wenn Sie eine Windanlage haben, dann ist im EEG festgelegt, dass der Energieversorger Ihnen den Strom zu einem festgelegten Preis abkaufen muss von zum Beispiel 8 Cent pro Kilowattstunde. Dann wird dieser Strom an der Börse verkauft. Am letzten Sonntag lag der Börsenstrompreis bei 3 Cent, das heißt, für 3 Cent pro Kilowattstunde wurde dieser Strom an der Börse verkauft. Es ist doch ganz logisch, dass die Einnahmen aus diesem Verkauf die Kosten nicht decken können, wenn die Börsenstrompreise weiter sinken. Der Differenzbetrag zwischen Einkauf und Verkauf steigt, und dementsprechend muss auch die EEG-Umlage steigen.

Also, die Börsenstrompreise sinken vor allem dann, wenn die Sonne lange scheint und der Wind ausgiebig weht, aber sie sinken auch, weil wir so viele unflexible Kohlekraftwerke haben, die am Netz bleiben, auch wenn sie eigentlich gar nicht mehr benötigt werden. Auch das ist ein Fehler der Bundesregierung, und der Hebel dazu ist auch ganz eindeutig, denn die notwendige Reform des Emissionshandels wurde verschlafen, und das muss jetzt dringend geändert werden.

(Zurufe von der CDU)

(A) Wir haben einen Verfall der Zertifikatspreise, der dazu führt, dass Kohlekraftwerke weiter betrieben werden. Damit sich der Börsenstrompreis wieder auf einem vernünftigen Niveau stabilisiert, muss der CO₂-Emissionshandel reformiert werden. Dies würde die EEG-Umlage entlasten und zugleich auch den Klimaschutz voranbringen. Die neue Bundesregierung muss sich daher mit Nachdruck für eine Stärkung des europäischen Emissionshandels einsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte zum Schluss die grünen Instrumente für eine Reform des Strommarktes nennen! Wir wollen, erstens, die Industriebefreiung im EEG auf den Stand des Jahres 2008 zurückführen, zweitens, die ineffektive Marktprämie im EEG streichen, drittens, die preisdämpfende Wirkung erneuerbarer Energien an der Börse bei der Berechnung der EEG-Kosten einbeziehen, viertens, auch die Netzentgeltbefreiung für Großabnehmer von Strom einschränken, und fünftens, eine wirksame Markttransparenzstelle zur Überwachung des Strommarktes und der Preisbildung einrichten. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) **Vizepräsidentin Schön:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bezüglich der Sondertatbestände, das habe ich auch in meiner ersten Rede gesagt, gebe ich Ihnen völlig recht, das muss man angehen. Was Sie hier aber jetzt zum Schluss noch einmal gefordert haben, ist wirklich eine Kampfansage an die deutsche Industrie. Ich finde es schon beschämend, wie Sie sich hier hinstellen und sagen, dass an den steigenden Strompreisen die Unternehmen schuld sind. Die Profite der Unternehmen sind auf Kosten der Stromkunden – –.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat sie ja gar nicht gesagt!)

Klar hat sie das gesagt!

(Abg. Frau Dr. S c h a e f e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Energieversorger hat sie gesagt, da muss man einmal zuhören und nicht immer dazwischenrufen!)

Das Problem der Börsenpreise bezüglich des Stroms hängt einfach damit zusammen, dass zu viele CO₂-Zertifikate im Umlauf sind. Das hat zwei Gründe.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

Ja, aber das ist doch ein europäisches Problem, dort können sie doch jetzt nicht der Bundesregierung – –. Herr Altmaier setzt sich doch seit Monaten dafür ein – –.

(Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Rösler verhindert es, es nützt ja nichts!)

Herr Rösler kenne ich nicht, Herr Altmaier setzt sich dafür schon ein, aber das sind doch europäische Länder!

Jetzt hat es endlich auch das Europäische Parlament geschafft, einen Beschluss zu fassen, um die Anzahl der Zertifikate zu verringern, da können Sie sich doch nicht hinstellen und sagen, Frau Merkel sei schuld!

(Abg. Frau Dr. S c h i e r e n b e c k [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Nein, ich will keine Zwischenfrage zulassen, wir wollen gleich Mittagspause machen!

Ich werde Ihnen versprechen, dass die nächste Bundesregierung auch die Verfehlungen im EEG überarbeiten und weiterhin dafür kämpfen wird, dass die Anzahl der CO₂-Zertifikate abgesenkt wird, weil das im Grunde genommen eine Fehlentwicklung gewesen ist, die wir damals – das haben wir alle gemeinsam gefeiert – so nicht absehen konnten. Dass es zu viele Zertifikate gibt, hängt auch mit der Wirtschaftskrise zusammen, aber das ist nicht die Schuld der Bundesregierung.

Deswegen sage ich es noch einmal: Hören Sie auf, gegen dieses gesamtgesellschaftliche Projekt zu hetzen, und hetzen Sie nicht die Endverbraucher auf die Industrie und umgekehrt! Das ist nicht in Ordnung und wird der Sache nicht dienen. Sie spielen den Leuten in die Hände, die gegen diese Energieverwendung sind, das machen Sie, indem Sie die Menschen verunsichern! – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht zunehmend heiß her. Ich denke, es ist gut, wenn man ein paar Dinge noch einmal versachlicht.

(Abg. Frau B ö s c h e n [SPD]: Es geht auf Mittag zu!)

Ich mache es auch nicht so lang! Es geht auf die Mittagspause zu, ich habe es gehört, wir wollen es nicht zu lang machen!

(D)

(A) Ich möchte auch noch einmal ein paar Fakten nennen, die zum Teil schon angeklungen sind! Im Moment kursieren Zahlen, dass 2 400 Unternehmen beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, BAFA, für das Jahr 2014 einen Antrag auf Befreiung von der EEG-Umlage gestellt haben, das ist ein Anstieg um 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2013 waren es 2 055 Unternehmen, im Jahr davor, 2012, waren es 822 Unternehmen, das war ein Anstieg von 150 Prozent. Woher kommt dieser dramatische Anstieg? Er ist ausschließlich auf das Handeln der Bundesregierung zurückzuführen, die die Kriterien, wann man solche Anträge stellen kann, geändert hat. Es geht darum, ob der Stromverbrauch eine bestimmte Schwelle überschreitet, eine Gigawattstunde oder 10 Gigawattstunden, und welchen Anteil die Stromkosten an der Wertschöpfung haben.

Diese Kennwerte hat die Bundesregierung abgesenkt, und Frau Dr. Schierenbeck hat darauf hingewiesen, welche Tricks teilweise auch benutzt werden, um sich diese Vorteile zu erschleichen.

(Zuruf des Abg. S t r o h m a n n [CDU])

Herr Strohmänn, hören Sie ruhig zu, denn bei Ihnen war es zum Schluss alles ein bisschen durcheinander! Das sind die Gründe, weshalb die Befreiungstatbestände für Unternehmen nicht mehr 700 Millionen Euro betragen, sondern inzwischen über 4 Milliarden Euro, und das müssen die übrigen Stromkunden bezahlen,

(B)

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Dem habe ich auch nicht widersprochen!)

daher ist es völlig richtig, was in der Überschrift für diese Aktuelle Stunde steht.

Die Strommenge, die vergünstigt abgegeben wird, ist in den letzten zwei Jahren durch das Handeln und auch das unterlassene Handeln der Bundesregierung um 40 Prozent gestiegen. Im Ergebnis müssen die nicht privilegierten Stromkunden diese höhere EEG-Umlage bezahlen. Nur wenn man diese Anstiege zurücknehmen würde, die jetzt durch die zusätzlichen Befreiungen der Bundesregierung erzeugt worden sind, könnte man sich den prognostizierten Anstieg von einem Cent pro Kilowattstunde ersparen, dann würden die Strompreise konstant bleiben, und niemand regt sich auf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Frage ist: Warum hat die Bundesregierung hier nicht gehandelt?

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Das verspreche ich, das macht sie ab September!)

Ich möchte auch noch einmal die Frage stellen, ob die Energiewende jetzt an den zu hohen Kosten für die erneuerbaren Energien gescheitert ist und ob man hier bremsen muss, um die EEG-Kosten zu drosseln.

Mir liegen die gleichen Zahlen vor wie dem Abgeordneten Gottschalk. Wenn wir die Ursachen ansehen, warum jetzt der Anstieg prognostiziert wird, sind 52 Prozent davon auf die sinkenden Börsenstrompreise zurückzuführen, 25 Prozent auf die zusätzlichen Befreiungen der Unternehmen und lediglich 13 Prozent auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Es ist eine völlige Volksverdummung zu behaupten,

(C)

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Wer macht das denn?)

der Ausbau der erneuerbaren Energien sei für den Anstieg der EEG-Umlage verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

All diese Dinge sind seit Jahren bekannt. Ich persönlich diskutiere dies mit den Bundesministern Rösler und ehemals Röttgen, jetzt Altmaier, seit zwei Jahren, und das Fatale ist, es passiert überhaupt nichts. Es passiert einfach nichts, man weist immer wieder auf dieselben Punkte hin, an denen gehandelt werden muss. Ich nenne sie noch einmal: Die Industrierabatte müssen zurückgeführt werden auf das absolut notwendige Maß, auch um die EU-Rechtskonformität wiederherzustellen, es müssen Emissionszertifikate vom Markt genommen werden – es sind zu viele ausgegeben worden –, und es muss der Ausgleichsmechanismus zur Berechnung der EEG-Umlage geändert werden, damit eben nicht die erneuerbaren Energien zum Opfer ihres eigenen Erfolgs werden. Sonne und Wind liefern den Strom kostenlos in die Netze, der Börsenpreis sinkt, und das wird allein den erneuerbaren Energien aufgebürdet. Sie sind dann die Schuldigen, das kann ja überhaupt nicht sein!

(D)

All das ist seit Langem bekannt, und die Bundesregierung weigert sich beharrlich, an diese Dinge heranzugehen. Die Bundesregierung unter der Führung der Bundeskanzlerin Frau Merkel – und ich denke, Herr Strohmänn, sie ist in Ihrer Partei –

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Ja, die ist eine gute Frau!)

hat sich auf EU-Ebene nicht für die Rücknahme dieser Emissionszertifikate eingesetzt, die Bundesregierung war handlungsunfähig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bundesregierung hat nichts getan, um die absurden Befreiungen für Betriebe wie Fleischer, Hähnchenmästereien und so weiter – –. Wir haben es ja hier schon mehrfach diskutiert, wir diskutieren es hier seit einem Jahr. Ja, warum regiert denn die Bundesregierung, wenn sie hier nichts tut?

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Weil sie eine Mehrheit hat!)

(A) Ich denke, der Kollege Dr. Güldner hat vollkommen recht, dass es sich um eine Nichtregierungsorganisation handelt, die hier im Moment am Ruder ist. Das müssen wir ändern!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich komme zum Schluss! Es besteht kein Zweifel, dass das EEG eine Erfolgsgeschichte ist. Wir müssen es novellieren, an bestimmten Fehlsteuerungen müssen wir arbeiten, aber der Erfolg ist, ich sage es noch einmal, dass über ein Viertel unseres Stroms inzwischen aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Vor zehn Jahren hätte niemand geglaubt, dass wir das hier heute sagen können. nicht umsonst wird das EEG von Dutzenden von Ländern und Regionen weltweit kopiert, weil es so erfolgreich ist.

Wir sollten diesen Weg weitergehen. Ich hoffe nur, dass die Bundestagswahl für uns Voraussetzungen schafft, damit wir diese Dinge künftig kompetent auf vernünftiger Grundlage und sachorientiert diskutieren können. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(B) Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Wir treten jetzt in eine Mittagspause bis 14.30 Uhr ein.

(Unterbrechung der Sitzung 13.04 Uhr)



Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Bevor wir wieder in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass inzwischen nachträglich vereinbart wurde, die Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte 6, Sozial und ökologisch verantwortliche Beschaffung im Land Bremen, Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD und Antwort des Senats dazu, und 7, Mehr Eigenverantwortung an Bremer Schulen, Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD und Antwort des Senats dazu, zu tauschen, also zuerst den Tagesordnungspunkt 7 und dann den Tagesordnungspunkt 6 aufzurufen.

Wir setzen die Tagesordnung fort.

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der
Bremischen Bürgerschaft
vom 27. August 2013

(C)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Sozialraummonitoring vereinheitlichen? – Nachvollziehbare und transparentere Entscheidungen ermöglichen!

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/
Die Grünen und der SPD
vom 19. Februar 2013
(Drucksache 18/783)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. Mai 2013

(Drucksache 18/919)

(D)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Frehe.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort, Drucksache 18/919, auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Stahmann, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD nicht mündlich wiederholen möchten. – Das ist der Fall.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wendland.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zahlreiche Entscheidungen, die das Parlament oder der Senat in Bremen trifft, basieren auf

*) Von der Rednerin nicht überprüft.